



Presseschau vom 22.10.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*.

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (*dnr-online*, *lnr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipp:

Armin Siebert: „New York Post“-Enthüllungen – Stoppt „Ukraine-Gate“ Joe Biden auf der Zielgeraden?

Ist das die letzte Chance für Präsident Trump? Neue angebliche Beweise über Verstrickungen seines Sohnes Hunter in der Ukraine belasten Präsidentschaftskandidat Joe Biden schwer und machen den US-Wahlkampf nochmal spannend. Allerdings scheinen Twitter und Facebook ihre Dienste dafür zu nutzen, das Thema kleinzuhalten. ...

<https://sptnkne.ws/EcXD>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Frankreich stoppt Lieferung von Satelliten-Komponenten an Russland**

Frankreich hat die Lieferung von Komponenten für russische Satelliten eingestellt. Laut Juri Koptew, für Forschung und Technologien zuständiger geschäftsführender Direktor der Raumfahrtbehörde Roskosmos und Vorsitzender des wissenschaftlich-technischen Rates des staatlichen Technologiekonzerns Rostec, ist ein Roskosmos-Betrieb betroffen.

Russlands Raumfahrt auf Importsubstitution angewiesen

„Wir hatten mit dem Bau von Raumapparaten begonnen, in denen Hardware unserer geachteten ausländischen Kollegen zum Einsatz kommt. Vor zwei Monaten gab ein französisches Unternehmen, das einen Roskosmos-Betrieb mit Vakuum-Laufzeitröhren

versorgte, die Entscheidung bekannt, dass die Lieferungen eingestellt würden“, wurde Koptew im Rostec-Jahresbericht für 2019 zitiert.

Dem Papier zufolge musste die Produktion derartiger Lampen in einem Rostec-Betrieb in Saratow an der Wolga eingerichtet werden. Rostec nannte weder die französische Firma noch russische Betriebe beim Namen. Das französische Unternehmen nannte keinen Grund für seine Entscheidung.

Sojus-Start von Kourou voraussichtlich Ende November

Unterdessen rechnen russische und französische Fachleute mit der Wiederaufnahme der Starts russischer Sojus-Trägerraketen vom Weltraumbahnhof Kourou auf Französisch-Guayana Ende November. Die Starts waren wegen der Ausbreitung des Coronavirus für unbestimmte Zeit eingestellt worden.

de.sputniknews.com: Sibirisches Forschungszentrum tüfelt an kombiniertem Vakzin gegen Corona und Grippe

Das bei Nowosibirsk ansässige staatliche Forschungszentrum für Virologie und Biotechnologie Vector entwickelt einen kombinierten Impfstoff gleich gegen das Coronavirus SARS-CoV-2 und gegen Grippe.

„Wir arbeiten derzeit an einem Vakzin gegen das Coronavirus und gegen Grippe“, bestätigte Zentrumsdirektor Rinat Maksjutow am Mittwoch in einer Sitzung des Valdai-Diskussionsklubs.

Grippe verstärkt Wirkung von COVID-19

Forscher in der Universität von Liverpool hatten vor kurzem festgestellt, dass mit dem Coronavirus infizierte Grippekranke mit um ein Mehrfaches höherem Todesrisiko konfrontiert sind. Zu diesem Schluss gelangten die Autoren der Studie nach einem Experiment an Mäusen: Eine Gruppe der Tiere wurde nur mit SARS-CoV-2 und die andere zuerst mit dem Grippe-A-Virus und dann nach einigen Tagen mit SARS-CoV-2 infiziert. COVID-19 verlief bei den Tieren der zweiten Gruppe deutlich schwerer, dabei stieg die Wahrscheinlichkeit eines letalen Ausgangs um das Sechsfache.

Behörden bestehen auf Impfungen gegen Grippe

Die russische Verbraucherschutzbehörde akzeptierte die Schlussfolgerungen der Briten. Natalia Pschenitschnaja, für klinische und analytische Arbeit zuständige Direktorin des Forschungsinstituts für Epidemiologie, wies auf die Notwendigkeit hin, sich gegen Grippe impfen zu lassen, um die eventuellen Folgen einer möglichen COVID-19-Erkrankung zu mildern.

Vector-Chef Maksjutow zufolge wurden von seinen Wissenschaftlern bislang etwa 80 Mutationen des neuen Coronavirus nachgewiesen, die nicht in internationalen Datenbanken erfasst sind. Aber der neue Impfstoff sei effektiv genug gegen sie alle, sagte er.

Zweites russisches Corona-Vakzin registriert

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte vor einer Woche verkündet, dass ein im Vector-Zentrum entwickeltes Corona-Serum amtlich registriert worden sei - EpiVacCorona. Das sei bereits der zweite russische Impfstoff gegen das Coronavirus nach Sputnik V des Gamaleja-Forschungszentrum für Epidemiologie und Mikrobiologie. Das Serum muss ebenfalls zweimal mit einem Abstand von 14 bis 21 Tagen intramuskulär gespritzt werden.

Russische Behörden rechnen damit, dass heimische Impfstoffe gegen das Coronavirus etwa Ende November für massenhafte Impfungen zur Verfügung stehen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/0f/328184988_0:368:3072:2030_1000x0_80_0_1_53b149d0b600c544c9fc6096229471cd.jpg

de.sputniknews.com: **Washington erfreut über Moskaus Bereitschaft, Atomarsenal einzufrieren – Pompeo**

US-Außenminister Mike Pompeo hat in Bezug auf eine Verlängerung des New-START-Vertrags auf Russlands Bereitschaft, das eigene Atomarsenal einzufrieren, verwiesen. Dies machte Washington Moskau in der vergangenen Woche zur Bedingung, nachdem der russische Präsident Wladimir Putin eine bedingungslose Verlängerung vorgeschlagen hatte. Pompeo betonte, dass das derzeitige Abrüstungsabkommen nur 45 Prozent des russischen Atomarsenals gegenüber 92 Prozent des amerikanischen betreffe. Dabei sei China von den Einschränkungen vollkommen ausgenommen.

„Russland hat sich im Grunde dazu bereit erklärt, sein ganzes Atomarsenal einzufrieren, und wir sind sehr froh darüber. Wir müssen aber dafür sorgen, dass sich die Unterhändler der USA und Russlands möglichst schnell treffen, um die Verhandlungen vorwärtszubringen und den Vertrag abzuschließen“, sagte Pompeo in einem Briefing.

Präsident Wladimir Putin hatte in der vergangenen Woche eine Verlängerung des New-START-Vertrags um ein Jahr vorgeschlagen, die an keine Bedingungen geknüpft sein sollte. Ein entsprechendes Angebot der russischen Seite lehnte Washington zunächst ab und nannte das Einfrieren des Atomarsenals als Bedingung für weitere Verhandlungen.

Inzwischen hat sich Moskau bereit erklärt, gemeinsam mit den USA die Zahl der Nuklearsprengköpfe „einzufrieren“. Eine solche Festlegung sollte jedoch an keine weiteren Forderungen von amerikanischer Seite geknüpft werden, hieß aus Moskau.

In dem seit Februar 2011 geltenden Abkommen hatten sich Russland und die USA verpflichtet, die Zahl ihrer Atomsprengköpfe auf maximal 1550 und die Zahl der Interkontinentalraketen, luft- und U-Boot-gestützten ballistischen Raketen auf je 700 zu reduzieren. Der New-Start-Vertrag ist der letzte bestehende nukleare Abrüstungsvertrag zwischen Russland und den USA. Er läuft am 5. Februar 2021 aus.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/15/328234930_0:32:3072:1694_1000x0_8001_c5f453627897abd6c259a6324b562029.jpg

vormittags:

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 21. Oktober 2020 wurden keine Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 21. Oktober 3:00 Uhr bis 22. Oktober 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU 4.

Auf das Territorium der DVR wurden in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über eine unbefristete Feuereinstellung mit folgenden Waffen geschossen: Richtung Donezk: Antipanzergranatwerfer – einmal (2 Granaten); automatische Granatwerfer – einmal (6 Granaten).

Richtung Mariupol: automatische Granatwerfer – einmal (3 Granaten), Schusswaffen – einmal.

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Mineralnoje, Donezk (Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Leninskoje.**

Um 5:40 Uhr wurde eine Detonation auf dem Territorium der BFU in Richtung Wodjanoje festgestellt. Um 15:28 Uhr wurde im Gebiet von Petrowksoje Aktivität von Drohnen beobachtet.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 11.

Opfer unter der Zivilbevölkerung oder Schäden an ziviler Infrastruktur wurden im Berichtszeitraum nicht festgestellt.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 6.

de.sputniknews.com: US-Geheimdienstkoordinator wirft Iran und Russland vor, Wählerdaten erbeutet zu haben

Der Direktor der Nationalen Geheimdienste der Vereinigten Staaten John Ratcliffe hat dem Iran und Russland vorgeworfen, Informationen über die Wählerregistrierung erhalten zu haben. Dies berichtet die Nachrichtenagentur Bloomberg am Donnerstag.

Teheran habe die erbeuteten Wählerdaten bereits benutzt, um Droh-E-Mails zu versenden, sagte Rattcliffe bei einer kurzfristig einberufenen Pressekonferenz am Mittwochabend

(Ortszeit). Auch FBI-Direktor Christopher Wray nahm an der Pressekonferenz teil. Nach Angaben von Bloomberg wurden zu der Veranstaltung keine Reporter eingeladen, zudem nahmen weder Ratcliffe noch Wray Fragen entgegen.

„Wir haben bestätigt, dass der Iran und separat Russland einige Informationen zur Wählerregistrierung erhalten haben“, äußerte Ratcliffe.

Die Wählerdaten, von denen einige öffentlich und andere kommerziell erhältlich seien, könnten von ausländischen Akteuren benutzt werden, um „registrierten Wählern falsche Informationen zu übermitteln, von denen sie hoffen, dass sie Verwirrung stiften, Chaos anrichten und ihr Vertrauen in die amerikanische Demokratie untergraben“, zitiert ihn die Zeitung „The Washington Post“.

Ratcliffe warf dem Iran vor, die Daten zu verwenden, um „gefälschte E-Mails zu versenden, die darauf abzielen, die Wähler einzuschüchtern, zu sozialen Unruhen aufzurufen und Präsident Trump zu schaden“.

Der Iran habe auch andere Inhalte verbreitet, darunter „ein Video, das andeutet, dass Personen betrügerische Stimmzettel sogar aus dem Ausland abgeben könnten“. Dieses Video und alle Behauptungen über solche angeblich betrügerischen Wahlzettel seien „nicht wahr“ und würden „verzweifelte Versuche von verzweifelten Gegnern“ darstellen, zitiert ihn das Nachrichtenportal „Business Insider“.

Nach Angaben von „Business Insider“ berichtete die Zeitung „The Washington Post“ erst einige Minuten vor dem Auftritt des Direktors der US-Geheimdienstgemeinschaft, dass US-Beamte zu dem Schluss gekommen seien, dass iranische Akteure für das Versenden von Droh-E-Mails an demokratische Wähler verantwortlich seien, die angeblich von den „Proud Boys“ stammten, einer Rechtsaußen-Gruppe, die Präsident Donald Trump unterstützt.

Vorwürfe an Russland

Derartige Aktivitäten von Seiten Moskaus seien zwar nicht festgestellt worden, aber: „Obwohl wir nicht die gleichen Aktionen von Russland gesehen haben, sind wir uns bewusst, dass sie einige Wählerinformationen erhalten haben, genau wie im Jahr 2016“, sagte der Koordinator der US-Geheimdienste.

„Ihre Stimme zählt“

Sowohl Ratcliffe als auch Wray betonten jedoch, dass die getrennten Bemühungen Russlands und des Iran keine Auswirkungen auf einzelne Stimmen oder das Wahlergebnis haben sollten. „Wir sind auf die Möglichkeit von Aktionen seitens derjenigen vorbereitet, die der Demokratie feindlich gesinnt sind“, so Ratcliffe.

„Sie sollten davon überzeugt sein, dass Ihre Stimme zählt“, sagte Wray.

Iran weist Einmischungsvorwürfe zurück

Iranische Beamte wiesen die Anschuldigungen schnell zurück und betonten Amerikas Rolle beim Sturz des iranischen Premierministers nach einer Wahl im Jahr 1953.

„Im Gegensatz zu den USA mischt sich der Iran nicht in Wahlen in anderen Ländern ein. Die ganze Welt hat verzweifelte Versuche der USA erlebt, den Ausgang ihrer eigenen Wahlen auf höchster Ebene in Frage zu stellen“, äußerte Alireza Miryousefi, ein Diplomat der iranischen Mission bei den Vereinten Nationen, in einer Erklärung.

„Diese Anschuldigungen sind absurd und nichts anderes als eine weitere Möglichkeit, das Vertrauen der Wähler in die Sicherheit der US-Wahlen zu untergraben. Der Iran ist nicht an einer Einmischung in Wahlen in den USA interessiert und hat keine Präferenzen in Bezug auf deren Ergebnis“, hieß es weiter in der Erklärung. „Die Vereinigten Staaten müssen davon absehen, gefährliche und böswillige Anschuldigungen gegen den Iran zu erheben“.

„Tribut an die innenpolitischen Prozesse“: Moskau bedauert haltlose Vorwürfe

Laut dem Kreml-Sprecher, Dmitri Peskow, bedauert Moskau die erneuten unbegründeten Wahleinmischungsvorwürfe von Seiten der USA:

„Wir können dies mit Bedauern kommentieren“, äußerte er bei einer Pressekonferenz am Donnerstag. Peskow wurde unter anderem gefragt, welche Stellung der Kreml zu den

Vorwürfen Washingtons, Russland mische sich in die Präsidentschaftswahlen ein, nehmen könne.

Derartige Vorwürfe würden jeden Tag eingehen und seien „alle absolut unbegründet“, so der Sprecher des russischen Präsidenten.

„Es ist eher ein Tribut an die innenpolitischen Prozesse im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen“, fügte er hinzu.

US-Ermittlungen zu Moskaus „Wahleinmischung“

Im Laufe des Jahres hatte Washington mehrmals davor gewarnt, dass sich Russland in die US-Präsidentschaftswahlen einmischen könnte. Moskau hat derartige Vorwürfe neben den Anschuldigungen wegen angeblicher Wahleinmischung im Jahr 2016 wiederholt entschieden zurückgewiesen.

Der Aufklärungsausschuss im US-Repräsentantenhaus hatte im Jahr 2018 nach seiner Untersuchung Russland vorgeworfen, sich in die US-Präsidentschaftswahl 2016 eingemischt zu haben. Sonderermittler Robert Mueller hatte in seiner fast zweijährigen Untersuchung jedoch keine Belege für „illegale Absprachen zwischen dem Trump-Team und Moskau“, deren Vorhandensein sowohl der Kreml, als auch das Weiße Haus bestritten, finden können. Die Präsidentschaftswahl in den USA wird am 3. November stattfinden.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/16/328237293_0:26:2395:1321_1000x0_80_0_1_3ca6fe9dfa11e77d956d23a91f6bf874.jpg

Lug-info.com: In der LVR sind am 22. Oktober um 9:00 Uhr 1391 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert und bestätigt.

Davon wurden bis 1034 Personen nach zwei negativen Tests als vollständig genesen entlassen.

Seit Beginn der Pandemie gab es 65 Todesfälle.

Mzdnr.ru: Am 21. Oktober wurden in der DVR 90 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Am 21. Oktober um 10:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 5599 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

2686 Patienten sind derzeit in Behandlung (stationär und ambulant), 2509 als gesund entlassen, es gibt 404 Todesfälle.

In den letzten 24 Stunden wurden 48 Patienten als gesund entlassen.

Außerdem gab es 19 Todesfälle – Männer im Alter von 55 bis 82 Jahren und Frauen im Alter von 56 bis 83 Jahren.

In den letzten 24 Stunden wurden 193 Fälle von Lungenentzündungen festgestellt, davon wurden 83 ins Krankenhaus eingewiesen. Insgesamt befinden sich 2096 Patienten mit Lungenentzündung in Behandlung, davon 303 mit Sauerstoffunterstützung (+27 in den letzten

24 Stunden).

de.sputniknews.com: **„Keine Alternative“: Gamaleja-Institut vergleicht Effizienz von Medikamenten und Corona-Impfstoff**

Der Direktor des Gamaleja-Instituts für Epidemiologie und Mikrobiologie, Alexander Ginzburg, hat die Effizienz des Impfstoffes und von Arzneimitteln gegen das Coronavirus verglichen.

Wie Ginzburg erklärte, sei es falsch, Medikamente als Alternative für Impfstoffe zu betrachten. Arzneimittel würden nie Impfstoffe ersetzen.

„Medikamente dienen nur als vorbeugende Mittel und wirken in verschiedenen Stadien des Infektionsprozesses“, äußerte Ginzburg gegenüber der Zeitung „Iswestija“.

Daher könnten sich Medikamente und Impfstoffe nur einander ergänzen. Zudem betonte er, dass sich die Situation prinzipiell ändern könne. Dies könne nach der Entwicklung der monoklonalen Antikörper in Form eines Arzneimittels gegen den Covid-19-Erreger passieren.

...

Dan-news.info: **Erklärung des Oberhauptes der DVR Denis Puschilin über die Hilfe von Seiten der RF im Kampf gegen die Coronavirusinfektion**

Die Donezker Volksrepublik kämpft wie alle Länder der Welt gegen die Coronaviruspandemie. Die Einführung eines Regimes der erhöhten Bereitschaft, die Verstärkung einer Reihe von Beschränkungen, die selbstlose Arbeit unserer Ärzte und die Unterstützung des Staates haben es uns erlaubt, die Kontrolle über die Situation zu behalten. Das ganze Jahr über widmet die Republik dem Gesundheitssystem erhöhte Aufmerksamkeit, es wurden erhebliche Mittel für den Kampf gegen die Ausbreitung der Coronavirusinfektion zur Verfügung gestellt. Insbesondere wurden individuelle Schutzmittel und Desinfektionsmittel, medizinischer Sauerstoff und Ausrüstung, anderes medizinisches Material gekauft; es wurden Verbrauchsmaterialien und Reagenzien beschafft, die Arbeit des virologischen Labors des republikanischen Zentrums für sanitärepidemiologische Aufsicht der DVR gewährleistet. Die Ärzte der DVR, die unmittelbar mit COVID-Patienten arbeiten, erhalten zusätzliche materielle Unterstützung.

Der globale Charakter der zweiten Welle der Epidemie, das hohe Tempo ihres Anwachsens, die sozialökonomischen Bedingungen, unter denen die Republik lebt, sowie die Blockade und die Wiederaufnahme des Beschusses von Seiten der Ukraine erlauben es uns nicht, das Problem selbständig zu lösen.

Vor diesem Hintergrund leistet uns die Russische Föderation im Oktober 2020 zur Verbesserung der epidemiologischen Lage in der Republik Hilfe, namentlich gewährleistet sie die Lieferung von Medikamenten und medizinischem Material (Testsysteme und Verbrauchsmaterialien zur Durchführung von PCR-Tests, individuelle Schutzmittel, Desinfektionsmittel, 30 Beatmungsgeräte, 75 Sauerstoffkonzentratoren, Messgeräte und andere medizinische Ausrüstung) in einem Gesamtwert von 258 Mio. Rubel.

Dies ist eine unschätzbare und rechtzeitige Hilfe im Kampf gegen die Coronavirusinfektion und Lungenentzündung. Die Unterstützung des brüderlichen Russland wird es uns erlauben, die Verbreitung der Epidemie einzudämmen, das Leben und die Gesundheit unserer Bürger zu erhalten.

Im Namen der Bürger der Donezker Volksrepublik bringe ich der Führung und dem gesamten Volk Russlands, das uns mit der nie gesehenen Gefahr nicht allein gelassen hat, unsere tiefe Dankbarkeit zum Ausdruck.

Lug-info.com: **Erklärung des Oberhauptes der LVR Leonid Pasetschnik über die Hilfe Russlands für die Republik im Kampf gegen COVID-19**

Liebe Landsleute!

Die zweite Welle der Ausbreitung der Coronavirusinfektion sowie die zunehmenden Erkrankungen mit Lungenentzündung sind zu einer ernsten Gefahr für die Lugansker Volksrepublik geworden. Vorrangige Aufgaben, die dringend vor den Staatsorganen der Republik stehen, sind der Erhalt der Gesundheit unserer Bürger und eine allumfassende Unterstützung des Bereichs des Gesundheitswesens.

Wir unternehmen ernsthafte Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Coronavirusinfektion und der Lungenentzündung, insbesondere wurde ein Regime der erhöhten Bereitschaft eingeführt, unsere Bürger werden rechtzeitig getestet, es wird alles Mögliche zur Versorgung mit Medikamenten, Ausrüstung und individuellen Schutzmitteln für die Krankenhäuser und Apotheken der LVR getan. Die Mitarbeiter des Gesundheitswesens erhalten materielle Unterstützung, denn gerade sie kämpfen in einer höchst schwierigen Situation für das Leben und die Gesundheit jedes Patienten.

Unter Bedingungen der anhaltenden Blockade von Seiten der Ukraine und der schwierigen sozialökonomischen Situation in der Republik sind die eigenen Ressourcen für eine operative Lösung aller Fragen im Bereich des Gesundheitswesens unzureichend.

Unter Berücksichtigung der globalen Charakters der Epidemie und des hohen Tempos bei der Zunahme der Erkrankungen leistet Russland und in diesem Monat medizinische humanitäre Hilfe im Umfang von 141 Mio. Rubel.

Diese Hilfe schließt die Lieferung von speziellen Medikamenten, medizinischen Materials sowie der äußerst notwendigen medizinischen Ausrüstung, darunter 20 Beatmungsgeräte, 75 Sauerstoffkonzentratoren und zwei mobilen Röntgengeräten ein.

Russland reicht uns wieder eine helfende Hand, dafür sind wir ihm unendlich dankbar. Gleichzeitig hat das offizielle Kiew einseitig den Kontroll- und Passierpunkt über die Kontaktlinie bei Staniza Luganskaja geschlossen, womit es ein weiteres Mal bestätigt hat, dass die ukrainische Führung entgegen den lautstarken Erklärungen absolut nicht am sozialen Wohlergehen unserer Bürger interessiert ist.

Liebe Freunde, heute hängen die Ergebnisse des Kampfes gegen die Pandemie nicht nur direkt vom Vorhandensein von Medikamenten und professionellen medizinischem Personals ab, sondern auch von der persönlichen Verantwortung eines jeden von uns. Im Zusammenhang damit rufe ich Sie auf, die Empfehlungen des Gesundheitsministeriums und der außerordentlichen epidemiologischen Kommission nicht zu ignorieren und die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen einzuhalten.

Seien Sie gesund, schützen Sie sich und Ihre Lieben!

Dan-news.info: „Nach vorläufigen Informationen sind um 4:20 Uhr morgens infolge von Beschusses durch eine Drohne in der Ortschaft **Molotschnyj** in der Fruktoiwaja-Straße 30 das Haus, ein Wirtschaftsgebäude und ein Holzvorbau vollständig zerstört worden, außerdem 400 Heuballen. Keine Verletzten“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Das Zivilschutzministerium der DVR stellte auch einen Brand infolge des Abwurfs eines explosiven Objekts fest und informierte, dass für die Löschung sechs Stück Technik und 19 Mann herangezogen wurden.

Eine operative Gruppe der Vertretung der DVR im GZKK ist vor Ort, um die Umstände des Geschehens aufzuklären.

nachmittags:

de.sputniknews.com: „**Planmäßige Arbeit**“: **Türkei bestätigt Tests von russischen Flugabwehrsystemen S-400**

Der türkische Verteidigungsminister, Hulusi Akar, hat am Donnerstag gegenüber türkischen Medien bestätigt, dass Ankara die bei Russland gekauften Flugabwehrraketensysteme S-400

in der Nähe der Schwarzmeerstadt Sinop getestet hatte. Er bezeichnete dies als planmäßige Arbeit im Rahmen des entsprechenden Vertrages.

„In jedem Vertrag über den Kauf von Erzeugnissen der Rüstungsindustrie sind Tests enthalten. Sie sind Bestandteil des Einkaufsprogramms. Das sind rein technische Tätigkeiten“, zitiert die Agentur Bloomberg den Minister.

Der Erwerb von russischen Flugabwehrsystemen S-400 bedeutet laut Akar nicht, dass sich die Türkei von der Nato abgewandt habe. Ankara zeige sich immer noch bereit, US-amerikanische Raketenabwehr-Systeme Patriot zu kaufen.

„Die Anschaffung der S-400 war keine Bevorzugung, sondern eine Notwendigkeit und bedeutet nicht, dass wir uns von der Nato abwenden“, so der Minister.

Aber wenn es nötig sein sollte, und wenn die Türkei Garantien für den Technologietransfer, die gemeinsame Produktion und den Lieferplan zur Verfügung haben werde, so könne sie auch Patriot und SAMP-T kaufen.

„Die Türkei hat auch früher mit allen ihren Verbündeten an den Alternativvarianten gearbeitet und ist bereit, auch weiter zu arbeiten (...)“, sagte Akar.

S-400 werden nicht ins Nato-Luftabwehrsystem integriert

Wie er weiter betonte, würden die S-400 nicht in das Luftabwehrsystem der Nato integriert.

Die Türkei komme alle ihren Verpflichtungen gegenüber der Allianz nach.

Türkische Medien haben ein Video von einem Raketenstart in der Nähe der Schwarzmeerstadt Sinop verbreitet, wo vermutlich ein Flugabwehrraketensystem S-400 getestet werden soll.

Zuvor hatte die Türkei eine Nachricht über das internationale System NAVTEX veröffentlicht, das in der Seefahrt weltweit zur Verbreitung von Sicherheits- und Wetterinformationen genutzt wird. In der Mitteilung warnte sie vor Artillerieübungen, die in der Nähe der Schwarzmeerstadt Sinop vom 13. bis 17. Oktober stattfinden sollten.

S-400-Lieferungen an Türkei

Die Lieferungen von Flugabwehrsystemen S-400 aus russischer Produktion hatten Mitte Juli vergangenen Jahres begonnen und eine Krise in den Beziehungen zwischen der Türkei und den USA ausgelöst. Washington forderte, den Waffendeal mit Russland aufzugeben und stattdessen US-amerikanische Patriot-Systeme zu übernehmen.

Die USA drohten unter anderem, den Verkauf von modernen Jagdflugzeugen F-35 an die Türkei auszusetzen und gegen Ankara die gleichen Strafmaßnahmen zu verhängen, wie sie im Gesetz zur Verschärfung der bestehenden Sanktionen gegen den Iran, Nordkorea und Russland (CAATSA) vorgesehen sind.

Ankara zeigte sich davon unbeeindruckt und setzte seine Verhandlungen über eine zusätzliche Lieferung von S-400-Systemen fort. Die Trump-Administration hat ihre Drohungen gegenüber der Türkei bisher nicht wahr gemacht.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32586/62/325866220_0:71:3077:1736_1000x0_80_0_1_afc01864e551cd68dfb1efe089102c58.jpg

de.sputniknews.com: **Snowden bekommt unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Russland**
Der US-amerikanische Whistleblower und ehemalige CIA-Mitarbeiter Edward Snowden hat laut seinem Anwalt eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis in Russland erhalten.

Darauf habe Snowden nach den Gesetzen der Russischen Föderation ein Recht, betonte sein Anwalt Anatoli Kutscherena. Das Verfahren zur Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis habe sich aufgrund der Situation mit dem Coronavirus verzögert, aber „jetzt ist die Antwort eingegangen“, teilte Kutscherena mit.

2013 hatte Snowden Dokumente zu Ausspäh-Aktivitäten des US-Abhördienstes NSA und dessen britischen Pendant GCHQ an Journalisten gegeben. Auf der anschließenden Flucht über Hongkong wollte er nach eigenen Angaben nach Ecuador, strandete aber am Moskauer Flughafen, nachdem die US-Regierung seinen Reisepass annulliert hatte. Nach tagelangem Aufenthalt in der internationalen Zone des Flughafens bekam Snowden Asyl in Russland – unter der Bedingung, dass er seine gegen die US-Regierung gerichtete Tätigkeit einstellen würde. Er bekam eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von drei Jahren, die seitdem mehrmals verlängert wurde.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32573/08/325730881_0:230:4737:2788_1000x0_80_0_1_977f655a5b697fc6643ef0734391e803.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 22.10.2020**

In den letzten 24 Stunden hat die ukrainische Seite in Verletzung des geltenden Waffenstillstands **vier Feuerprovokationen** begangen.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade von den Positionen im Gebiet von Awdejewka das Feuer mit einem Granatwerfer in Richtung **Mineralnoje** eröffnet. Kämpfer des 3. Bataillons der 79. Brigade haben von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus das Feuer mit einem automatischen Granatwerfer auf die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** eröffnet und sechs Granaten abgefeuert.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer eines Marineinfanteriebataillons der 36. Brigade der BFU von den Positionen im Gebiet von Talakowka und Wodjanoje aus das Feuer mit einem Granatwerfer eröffnet und drei Granaten abgefeuert, sowie mit Schusswaffen und dabei mit Leuchtmunition auf **Leninskoje** geschossen.

Außerdem haben Beobachter der DVR im GZKK die **Detonation einer unbekanntem Sprengeinrichtung** auf den Positionen eines Marineinfanteriebataillons der 36. Marineinfanteriebrigade im Gebiet von Wodjanoje festgestellt.

Außerdem haben ukrainische Kämpfer den geltenden Waffenstillstand verletzt, indem sie eine **Drohne im Verantwortungsbereich der 53. Brigade in der Nähe von Wiktorowka** gestartet haben. Die Flüge erfolgten, um die Qualität der Tarnung von sechs Stück Technik, die die OSZE entdeckt hat, zu kontrollieren.

Seit Beginn des heutigen Tages haben Kämpfer des 1. Bataillons der 54. Brigade der BFU von den Positionen in Awdejewka aus **Jakowlewka** mit 82mm-Mörsern beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert.

In den letzten 24 Stunden wurde die **Stationierung von 22 Stück Militärtechnik der 56. und 79. Brigade in der Nähe von Wohnhäusern und kommunalen Objekten** in Losowatskoje, Karlowka, Kurachowka und Kurachowo entdeckt.

Um die Entdeckung der verbotenen Waffen im Verantwortungsbereich der 56. Panzergrenadierbrigade durch Drohnen der OSZE-Mission zu verhindern, wurden in den Gebieten von Grodowka, Krasnoarmejsk und Nikolajewka zwei mobile Gruppen des 305. Bataillons für elektronische Kriegsführung eingesetzt, die die Aufgabe hatten, mit einer Station „Bukawel-AD“ die **Leitungs- und Navigationskanäle der OSZE-Mission zu blockieren**.

Außerdem wurde auf den ehemaligen Positionen der BFU im Gebiet des Trennungsabschnitt Petrowskoje die Anwesenheit eines Soldaten der 53. mechanisierten Brigade bemerkt. Diese Sachverhalte werden vom Bericht der OSZE-Mission vom 21.10.2020 bestätigt.

Das geringe **moralisch-psychische Niveau** der Kämpfer der 35. Brigade der BFU **ist nahe an einem kritischen Punkt**. Die Mitarbeiter des militärischen Rechtsordnungsdienstes und der Militärstaatsanwaltschaft, die eingetroffen sind, um die Ursachen für die Flucht des Obermatrosen Renkas aufzuklären, stellen fest, dass noch zwei weitere Kämpfer des 18. Bataillons der 35. Brigade, Nagornow und Baluchtin, sowie der Unterfeldwebel Danischtschuk aus einem Panzergrenadierbataillon der 54. Brigade, deren Positionen sich in der Nähe eines Beobachtungspunkts des 18. Bataillons der 35. Brigade befinden, eigenmächtig den Truppenteil verlassen haben. Nach uns vorliegenden Informationen äußerten die Kämpfer ihre **Unzufriedenheit mit der rückwärtigen Versorgung und den Ausschreitungen von Seiten der Kommandeure** unter Anwendung von Gewalt.

Im Zusammenhang mit dem Geschehen erteilte der Kommandeur der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ Sodol zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung und zur Verhütung von Fällen von eigenmächtigem Verlassen des Truppenteils die Anweisung, die Zahl der Patrouillen des militärischen Rechtsordnungsdienstes im Verantwortungsbereich des 18. Bataillons der 35. Brigade zu vergrößern.

Wir haben einen Fall von nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen zwischen Kämpfer auf den Positionen des 2. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Bogdanowka festgestellt.

Der Soldat Borowez, der ein Unwohlsein verspürte, wandte sich an den medizinischen Punkt, wo bei ihm ein geschlossenes Schädel-Hirn-Trauma diagnostiziert wurde. Bei einer Mitteilung stellte der Politstellvertreter des Bataillons fest, dass Ursache der Verletzung des Kämpfers der Genuss von Alkohol an der Front und ein Konflikt mit Kameraden war. Borowez wurde in das Krankenhaus von Krasnoarmejsk eingeliefert, wo er seine Verletzung mit einem Sturz aus einem KRAS-Fahrzeug bei dessen anstehender Wartung erklärte. Der Fall nicht ordnungsgemäßer gegenseitiger Beziehungen wird sorgfältig gegenüber dem Bataillonskommando verheimlicht.

Wir stellen **weitere Fälle fest, dass das Kommando der OOS keine wirksamen Maßnahmen gegen die Ausbreitung der Coronavirusinfektion unternimmt**.

Das Kommando der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ beeilt sich nicht, die von Selenskij ausgegebene Entscheidung über die Einrichtung von zwei mobilen Krankenhäusern in Mariupol und Kramatorsk mit je 500 Betten umzusetzen und beziehen sich dabei auf das Fehlen materieller Mittel.

Im Hospital von Tschasow Jar wurde Freiwillige nicht eingelassen, die drei Beatmungsgeräte für die Infektionsabteilung für COVID-19 brachten, mit dem Vorwand, dass der Kommandeur der OOS die Aktivität von Freiwilligen verboten hat.

Nach Angaben unserer Quelle in der operativ-taktischen Gruppierung „Ost“ sind in den

letzten 24 Stunden 47 Kämpfer, die mit dem Verdacht auf COVID-19 ins Krankenhaus eingewiesen wurden, und drei, die aufgrund einer doppelseitigen Lungenentzündung an der Coronavirusinfektion gestorben sind, nicht in die Statistik aufgenommen.

deu.belta.by: **Kotschanowa: Wir sind zur Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern auf Basis der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten des Landes bereit**

Die Vorsitzende des Rates der Republik Natalja Kotschanowa gab eine Erklärung wegen der gemeinsamen Erklärung der führenden Europaratsgremien zu Belarus vom 13. Oktober dieses Jahres ab. Das gab der Pressedienst der oberen Parlamentskammer bekannt.

„Die führenden Europaratsgremien sind über die Ereignisse in Belarus beunruhigt, über die sie einseitig informiert werden. Wir wandten uns vielmals an die europäische Gemeinschaft, unter anderem an die Leiter der EU-Parlamente mit dem Vorschlag, sich mit den Ereignissen in Belarus objektiv auseinanderzusetzen und einen konstruktiven Dialog auf Basis unwiderlegbarer Tatsachen zu führen, die die Gründe für derzeitige Entwicklung, einschließlich der Einmischung aus dem Ausland zum Vorschein bringen. Wir wurden aber nicht gehört, obwohl die führenden Europaratsgremien in ihrer Erklärung zur Befolgung der Meinungsäußerungsfreiheit als einem der grundlegenden europäischen Werte aufrufen“, betonte Natalja Kotschanowa.

In der Erklärung wird unterstrichen, dass die Vertreter der euroatlantischen Staaten die Informationen von Menschen analysieren, die sich nicht in Belarus befinden und nicht die Mehrheit der Bürger vertreten, die den Staatskurs unterstützen. „Die führenden Europaratsgremien müssen Bescheid wissen, dass ‚friedliche Aktionen‘ gesetzwidrig sind und Unzufriedenheit vieler belarussischer Bürger hervorrufen, die darum bitten, sie vor Willkür einer aggressiven Minderheit zu schützen und ein ruhiges, sicheres Leben im Land wiederherzustellen. Wir sind zur Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern, zur Besprechung facettenreicher Kooperation, einschließlich des Meinungsaustausches über die Lage in Belarus aufgrund gegenseitiger Achtung, Objektivität, Berücksichtigung beiderseitiger Interessen und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten bereit“, fügte Natalja Kotschanowa hinzu.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603359713_53387_big.jpg

de.sputniknews.com: **„Rossiya Segodnya“ fordert chilenische Behörden auf, Sputnik-Korrespondentin zu schützen**

Die Mediengruppe „Rossiya Segodnya“ hat die chilenischen Strafverfolgungsbehörden aufgefordert, die Sicherheit der Sputnik-Korrespondentin Carolina Trejo Vidal zu gewährleisten, die offen von einer rechtsradikalen Gruppe eingeschüchtert wurde. Dies geht aus einer Erklärung des Pressedienstes der Medienholding hervor.

Demnach wurden Flugblätter in der Nähe des Hauses der Sputnik-Korrespondentin verteilt,

die ihre persönlichen Daten und Drohungen gegen die Journalistin enthielten. Die Flugblätter trugen das Emblem der extremistischen Organisation „Frente Nacionalista Patria y Libertad“ (dt.: „Nationalistische Front ‚Vaterland und Freiheit‘“).

„Wir betrachten eine solche Einschüchterung eines Medienvertreters als eine eklatante Verletzung der Redefreiheit, die in einem demokratischen Land unzulässig ist. Wir haben unsererseits unverzüglich das russische Außenministerium und internationale Journalistenorganisationen über den Vorfall mit Carolina Trejo informiert“, heißt es in der Erklärung.

Die russische Mediengruppe fordere die chilenische Polizei auf, die Täter zu finden und zu bestrafen.

Zuvor hatte der chilenische Journalistenverband das Innenministerium und die Staatsanwaltschaft dazu aufgerufen, eine gründliche Untersuchung des Vorfalls durchzuführen und Sanktionen bei ernsthaften Drohungen gegen Journalisten und Sozialkommunikatoren zu verhängen.

Die Nachricht kommt kurz vor dem Verfassungsreferendum in dem lateinamerikanischen Land, das am 25. Oktober stattfinden soll. Die Abhaltung des Referendums war eine der wichtigsten Forderungen der Massenproteste im vergangenen Jahr.

Mil-Inr.su: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I. M. Filiponenko am 22. Oktober 2020

In den letzten 24 Stunden wurde nach Angaben der Vertretung der LVR im GZKK **keine Feuerprovokationen** von Seiten des Gegners festgestellt.

Das Kommando der sogenannten OOS gefährdet weiter **vorsätzlich friedliche Einwohner**. Nach Angaben unserer Aufklärung wurden im Verantwortungsbereich der 30. Brigade in privaten Sektor von Solotoje die **Stationierung eines getarnten Schützenpanzerwagens** festgestellt. ...

de.sputniknews.com: Moskau wirft Deutschland Einmischung in Präsidentschaftswahl in Moldau vor

Das russische Außenministerium hat Deutschland Einmischung in die Präsidentschaftswahlen in Moldawien vorgeworfen und auf eine Videobotschaft der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer verwiesen, in der sich die Politikerin für die moldauische Präsidentschaftskandidatin Maja Sandu ausspricht.

Die Unterstützung der ehemaligen moldauischen Premierministerin Maja Sandu durch die deutsche Verteidigungsministerin sei eine direkte Einmischung in die Präsidentschaftswahlen in Moldau, sagte die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa.

„Am zwölften Oktober hat die CDU im Vorfeld der Wahlen in Moldawien eine Videobotschaft mit der Vorsitzenden und Verteidigungsministerin auf Twitter veröffentlicht. Das Mitglied der Bundesregierung sprach sich eindeutig für die Präsidentschaftskandidatin Sandu aus. Wir betrachten die Aufrufe eines hohen offiziellen Vertreters der Bundesrepublik Deutschland als direkte Einmischung in die inneren Angelegenheiten Moldawiens“, erklärte Sacharowa.

Die Aussagen über den Zusammenhang der Wahlen zugunsten Sandus und einer europäischen Zukunft des Landes würden alle Grenzen überschreiten und könnten nur als Erpressungsversuch an den moldauischen Wählern bewertet werden, fügte Sacharowa hinzu. Die Präsidentschaftswahl in Moldawien findet am ersten November statt. Das Zentrale Wahlkomitee hat insgesamt acht Kandidaten für das Präsidentenamt zugelassen, darunter der amtierende Präsident Igor Dodon und Maja Sandu, die 2019 das Amt des Premierministers bekleidet hatte und bereits 2016 bei der Präsidentenwahl in Moldawien angetreten war. Jüngste Umfragen räumen den beiden die größten Chancen auf den Wahlsieg ein.



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/16/328241627_0:0:3074:1662_1000x0_80_0_1_230b3b3921cf71c57ba60e5fb7de2884.jpg

de.sputniknews.com: **Armenien und Aserbaidschan halten sich bislang nicht an Moskauer Vereinbarungen zu Karabach – Kreml**

Moskau hat laut Kreml-Sprecher Dmitri Peskow sein Bedauern darüber zum Ausdruck gebracht, dass Armenien und Aserbaidschan bislang nicht die in der russischen Hauptstadt getroffenen Vereinbarungen einhalten.

Zuvor hatte der türkische Vize-Präsident, Fuat Oktay, gemeldet, dass es Russland nicht gelungen sei, die Krise in Bergkarabach beizulegen und dass die Problemlösung ohne die Türkei unmöglich sei.

„Bislang kann man tatsächlich nicht behaupten, dass die zuvor erzielten Vereinbarungen in Bezug auf die Feuerpause, die humanitäre Waffenruhe eingehalten werden.

Bedauerlicherweise werden sie von beiden Seiten nicht befolgt“, kommentierte Peskow am Donnerstag die jüngste Erklärung des türkischen Vize-Präsidenten.

„Was die Teilnahme von Drittländern an den geltenden Regelungsformaten anbelangt, hängt dies voll und ganz von dem politischen Willen der Konfliktparteien ab. Es gibt zwei Teilnehmer des Konfliktes – das sind Aserbaidschan und Armenien. An der Konfliktregelung teilzunehmen, als Vermittler aufzutreten oder an Formaten teilzunehmen kann man nur mit Zustimmung dieser zwei Seiten“, unterstrich Peskow. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/30898/79/308987908_37:214:3418:2043_1000x0_80_0_1_25341d846f61a0b70b89be7863563e57.jpg

deu.belta.by: **Naryschkin berichtet über Einzelheiten des Treffens mit Lukaschenko**

Der Leiter des Auslandsgeheimdienstes der Russischen Föderation, Sergej Naryschkin, sprach vor Journalisten über Einzelheiten des Treffens mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko.

Sergej Naryschkin betonte, dass er mit dem belarussischen Präsidenten ein inhaltsreiches Gespräch über Unionsbeziehungen und Sicherheitsfragen führte.

Sie diskutierten auch über Stärkung der Zusammenarbeit nicht nur im Rahmen der Geheimdienste, sondern auch in verschiedenen Bereichen. Es ging unter anderem um den Ausbau der Wirtschafts- und militärpolitischen Kooperation.

Einzelne Kooperationsfragen zwischen Geheimdiensten werden heute in der gemeinsamen Sitzung der Kollegien des Komitees für Staatssicherheit und des Auslandsgeheimdienstes besprochen. „Jährlich fassen wir im Rahmen solcher Sitzungen die Arbeitsergebnisse zusammen und bauen Zukunftspläne auf“, betonte Sergej Naryschkin.

„In den letzten Jahren haben wir das analytische Potenzial unserer Dienste eingesetzt. Wir bereiten zusammen Dokumente vor, analysieren die Lage in den Krisenstaaten“, sagte er. Aufgrund operativer Aufklärungsinformationen des Auslandsgeheimdienstes und Komitees für Staatssicherheit bereite man analytische Daten vor, die Interessen beider Staaten gefährden können. Die Behörde interessiere sich für Transit von Terroristen, Kanäle, über die Finanzressourcen erhalten werden, Pläne, Vorhaben der terroristischen Organisationen in Bezug auf Belarus und die Russische Föderation. Das sei eine sehr intensive Kooperationsrichtung, fügte der Leiter des Auslandsgeheimdienstes hinzu.

Er erinnerte auch an die Zusammenarbeit bei der Ausbildung von Spezialisten an der russischen Akademie für Auslandsaufklärung und im Zentrum des Auslandsgeheimdienstes für Weiterbildung.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603366970_53391_big.jpg

de.sputniknews.com: **FSB verhindert im Großraum Moskau Terroranschlag**

Der russische Inlandsgeheimdienst FSB hat nach eigenen Angaben im Großraum Moskau einen Terroranschlag vereitelt. Ein aus Zentralasien stammender Mann, der ein Verwaltungsgebäude in die Luft sprengen sollte, sei festgenommen worden.

„In der Region Moskau wurde ein Terroranschlag verhindert. Ein aus Zentralasien stammender Mann, Geburtsjahr 1999, wurde festgenommen“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Nach Angaben der Ermittlungsorgane hatte er auf Anweisung von Kämpfern internationaler Terrororganisationen geplant, eine selbstgebaute Bombe „in einem Verwaltungsgebäude“ zu sprengen.

Wie es weiter heißt, sollte der junge Mann dann in den Nahen Osten fliehen, um dort an der

Seite der Terroristen zu kämpfen.

In einem Versteck des Mannes seien Komponenten für eine selbstgebaute Bombe, sein Schriftwechsel mit Terroristen, Anleitungen zum Herstellen von Sprengstoff sowie auch ein Video, das einen sogenannten Eid gegenüber Terroristenanführern zeigt, sichergestellt worden.

Angaben über den möglichen Ort und die mögliche Zeit des Terroranschlages teilte der FSB nicht mit. Die Ermittlungen gehen weiter.

dan-news.info: Die Herbstferien in der DVR sind um eine weitere Woche verlängert worden und dauern nun vom 5. Oktober bis 1. November.

Deu.belta.by: Setschin: Westen begründet die Sanktionen nicht mehr

Westliche Staaten erdenken keine Begründungen mehr für die Sanktionen gegen andere Staaten. Das erklärte der Rosneft-Chef Igor Setschin in seiner Rede beim 13. Eurasischen Wirtschaftsforum in Verona.

„In den letzten Jahren haben die Sanktionsinstrumente der USA und EU ein neues Niveau erreicht. Nun braucht man keine Begründung für Sanktionen mehr. Sie können über jedes Unternehmen oder jede natürliche Person zu jedem Augenblick verhängt werden“.

Der Rosneft-Chef unterstrich, dass die Sanktionen an weiterer Belebung der Märkte und Weltwirtschaft hindern. „Ein gutes Beispiel dafür ist der Druck auf das Projekt ‚Nord Stream – 2‘, das in das Gesetz über den Verteidigungshaushalt der USA aufgenommen wurde“, sagte Igor Setschin.

Zum Forum versammeln sich traditionell die Vertreter von Staatsbehörden, Leiter von Großunternehmen, Politiker und Personen aus dem öffentlichen Leben, Diplomaten, Experten, Journalisten aus den europäischen Staaten und Asien. In diesem Jahr mussten die Veranstalter die Teilnehmerzahl von traditionellen 1,5 Tsd. bis auf 500 Menschen reduzieren, deshalb werden einige Redner per Videobrücke vortragen. Bei der Veranstaltung sprechen Ex-Premiers Italiens Romano Prodi und Massimo D'Alema, Staatssekretär des Unionsstaates Grigori Rapota, Mitglied des Kollegiums (Minister) für Handel der eurasischen Wirtschaftskommission Andrej Slepnew, Generalsekretär der Zentraleuropäischen Initiative Roberto Antonione, Gesundheitsminister Russlands und Italiens Michail Muraschko und Roberto Speranza, Leiterin der Verbraucherschutzbehörde Rospotrebnadzor Anna Popowa, Minister für Industrie und Handel Russlands Denis Manturow, Minister für Wirtschaftsentwicklung Italiens Stefano Patuanelli, Rosneft-Chef Igor Setschin, Leiterin des Unternehmens „Gazprom export“ Jelena Burmistrowa, Vorsitzender des Direktorenrates des Fonds „Skolkowo“ Wiktor Wechselberg, Chef des französischen Konzerns Total Patrick Pouyanné und viele andere.

Zum Thema der zweitägigen Diskussion wird neue Realität der globalen Wirtschaft von der Atlantik bis zum Stillen Ozean. Man berät Wirtschaftsbelebungsmodelle, Zukunft der Ölindustrie und Entwicklung der Gasbranche unter neuen Wirtschaftsrealien. Die Teilnehmer des Forums finden Voraussetzungen für neue geopolitische und sozialwirtschaftliche Ordnung in der Pandemie und strukturellen Wirtschaftskrise. Einzelne Sektionen widmen sich der Überwindung der sozialen Ungleichheit und Armut angesichts der Entwicklung der modernen Gesellschaft, globalen Umwandlung der nationalen Gesundheitssysteme während COVID-19 sowie Dialogs zwischen Europa-Eurasien. Zum neuen Thema dieses Forums wird die Genetik und Forschung des Genoms, Beitrag zur Medizin, Landwirtschaft, Industrie und Energiebranche.

Die Organisatoren des Eurasischen Wirtschaftsforums in Verona sind nichtkommerzielle Assoziation „Eurasien entdecken“, Fonds „Roskongres“ und internationales Wirtschaftsforum St. Petersburg. Die Nachrichtenagentur BelTA ist der Informationspartner des Forums in Verona.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603369630_53395_big.jpg

de.sputniknews.com: **Nato beschließt Errichtung von Space Center auf Militärstützpunkt Ramstein**

Die Nato-Verteidigungsminister haben die Einrichtung eines Space Centers auf dem deutschen Militärstützpunkt Ramstein beschlossen. Das neue Zentrum soll die Weltraumaktivitäten der Nato-Mitglieder koordinieren.

„Die Minister haben die Errichtung eines neuen Space Centers der Nato beschlossen, welches für den Austausch von Weltraumdaten und für den Schutz der Satelliten der Allianz sorgen wird“, sagte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg nach einer Videokonferenz der Nato-Verteidigungsminister.

Unter anderem soll das Zentrum die Weltraumaktivitäten der Nato-Mitglieder koordinieren und bei der Durchführung von Missionen helfen. Auch der Schutz durch Informationen über potenzielle Gefahren gehöre zu seinen Aufgaben, fügte Stoltenberg hinzu.

Stoltenberg kündigte das Vorhaben bereits am Vortag an. Der Wettbewerb im Weltraum nehme von Jahr zu Jahr zu, so der Generalsekretär. Länder wie Russland und China würden Systeme entwickeln, die Satelliten blenden, blockieren oder abschießen könnten. Der Weltraum sei für die Fähigkeit zu navigieren, zu kommunizieren und Raketenstarts zu entdecken, von entscheidender Bedeutung, erklärte Stoltenberg. Auch zuverlässige Satellitenkommunikationsmittel seien notwendig.

Das Ziel sei nicht, „den Weltraum zu militarisieren“, sondern das Bewusstsein der Allianz für Bedrohungen aus dem All zu fördern sowie die Fähigkeiten der Nato, mit diesen umzugehen, so Stoltenberg am Donnerstag.

Wpered.su: **Donezker Kommunisten haben einen Rollstuhl in den Petrowskij-Bezirk gebracht**

Vertreter der KP der DVR und der Union sowjetischer Offiziere und Verteidiger des Donbass haben einen Rollstuhl in den Petrowskij-Bezirk von Donezk gebracht. Er wurde von Mitteln nicht gleichgültiger Bürger der Russischen Föderation beschafft, teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

„Slawik ist behindert. Es kam dazu, dass sein Rollstuhl kaputt ging. Nicht gleichgültige Menschen in Russland beschlossen, dem jungen Mann zu helfen. Wir haben einen Rollstuhl, eine Toilette, eine aufblasbare Wanne, Süßigkeiten und Sportkleidung aus Rostow am Don gebracht“, erzählte die erste Sekretärin der Organisation der KP der DVR im Petrowskij-Bezirks von Donezk Nelli Taraban.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/10/SSO_4-1024x768.jpg

deu.belta.by: **Experte: Aktuelles Verfassungssystem gilt es zu verbessern, nicht kaputt zu machen**

Das gegenwärtige Verfassungssystem gilt es zu verbessern und nicht kaputt zu machen. Diese Meinung äußerte Pjotr Petrowski, Experte der öffentlichen Vereinigung „Belaja Rus“, der an der thematischen Diskussion zur Verfassungsreform im Hauptquartier der Vereinigung teilnimmt.

„Heute findet ein aktiver Dialog statt, der nicht auf irgendwelche Konversationsgespräche hinausläuft, sondern auf realen Diskussionsplattformen geführt wird, zum Beispiel in Arbeiterkollektiven oder in öffentlichen Vereinigungen wie die ROO „Belaja Rus“. Diese Diskussionen tun Not, denn was die Auslandsmedien zur Verfassungsreform in Belarus vorschlagen, entspricht nicht den Hoffnungen der Bevölkerung. Das sehen wir aufgrund jener Vorschläge, die gemacht werden“, sagte Petrowski.

Nach seiner Information machen sehr viele Bürger aktiv bei der Verfassungsreform mit. „Die öffentliche Vereinigung ROO „Belaja Rus“ führt ein entsprechendes Monitoring durch und sammelt Änderungsvorschläge, weil über 70 Parlamentsabgeordnete Mitglieder der Vereinigung sind. Die Sammlung und Auswertung von Ideen läuft auf Hochtouren.

Andererseits müssen wir uns dessen bewusst werden, dass wir in Belarus keine Farbrevolution zugelassen haben, unser belarussisches Entwicklungsmodell und das politische System bleiben erhalten. Alles Positive, was unsere sozialen, wirtschaftlichen und politischen Systeme prägt, müssen wir aufrechterhalten und - wenn nötig - auch als Fundament für die neue, geänderte Verfassung sehen. Die Verfassungsreform in Belarus ist keine Zerstörung des Bestehenden, sondern eine Ausbesserung, eine Fehlerkorrektur. Wir müssen Kontinuität sicherstellen, wir haben die Interessen und Meinungen der Staatsbürger maximal zu berücksichtigen.“

Um ihre Meinungen offenzulegen und Vorschläge zu unterbreiten, haben die Staatsbürger viele Mechanismen und Instrumente zur Verfügung. „Die Abgeordneten arbeiten mit der Basis. Die Repräsentantenkammer hat eine eigene Webseite mit Anschrift und Email-Adresse. Die Abgeordneten der Kommunalräte besuchen Arbeiterkollektive, Betriebe und Unternehmen. In öffentlichen Vereinigungen wie der ROO „Belaja Rus“ können alle Interessierten ihre Vorschläge beim Sekretariat abgeben. Wir haben heute eine sehr breite demokratische Diskussionsplattform eingerichtet.“

„Zum Dialog sind Menschen unterschiedlicher Ansichten und Meinungen herzlich eingeladen. Es kommen viele Oppositionelle und schlagen ihre Veränderungen vor. Es gibt

unter den Oppositionellen aber auch jene, die es auf eine Destabilisierung der Lage im Staat abgezielt haben. Sie wollen die Gesellschaft spalten und das Land in einen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Abgrund treiben. Die Menschen haben diese negativen Appelle satt, sie brauchen wirksame Mechanismen einer Verfassung, die zur Konsolidierung der Systeme und nicht zu ihrem Zusammenbruch führen sollte“, sagte er.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2020/000022_1603374406_53398_big.jpg

de.sputniknews.com: **Hackerangriff auf Bundestag 2015: EU beschließt Sanktionen gegen Russland**

Die Europäische Union hat zwei russische Staatsbürger und eine Organisation auf die Sanktionsliste für den Cyberangriff auf den Bundestag gesetzt. Dies geht aus einem im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlichten Dokument hervor.

Laut Berichten handelt es sich dabei um das „85. Hauptzentrum für Spezialoperationen der GRU“ sowie um Dmitri Badin und Igor Kostjukow, die von der Europäischen Union als Mitarbeiter des Zentrums bezeichnet werden.

Früher war mitgeteilt worden, dass der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Europäischen Union zusätzliche Sanktionen für Cyberangriffe gegen die EU vereinbart hat.

Das russische Außenministerium hat die Anschuldigungen zurückgewiesen und betont, dass Berlin keine Beweise für die Beteiligung Russlands an dem Hackerangriff vorgelegt habe.

Laut dem Direktor der Abteilung für internationale Informationssicherheit des russischen Außenministeriums, Andrej Krutskikh, bietet Moskau Berlin an, Konsultationen zur Cybersicherheit abzuhalten. Dies würde dazu beitragen, viele Beanstandungen zu klären. Die russischen Behörden haben die Vorwürfe des Westens wegen Cyberangriffen und Eingriffen in demokratische Prozesse mehrfach zurückgewiesen.

ukrinform.de: **Dutzende Firmen aus Belarus in die Ukraine übersiedelt**

Dutzende IT-Unternehmen aus Belarus sind bereits in der Ukraine tätig. Diese Unternehmen übersiedelten dank dem Projekt „IT Relocate Belarus“, teilte das Ministerium für für IT-Transformation der Ukraine mit.

Nach Worten des stellvertretenden Ministers, Olexandr Bornjakow, wurde das Projekt für die Fachleute geschaffen, die selbst oder ihre Teams von Belarus in die Ukraine übersiedeln wollen, und das Ministerium ist bereit, diese Menschen auch nach dem Umzug zu unterstützen. Die Ukraine werde zu einem IT-Hub und schaffe komfortable Bedingungen für die Entwicklung des IT-Sektors.

Bornjakow teilte mit, dass die belarussische Firma „PandaDoc“ schon ein Büro in Kjiw eröffnet habe und Hunderte Mitarbeiter von „Wargaming“ laut AIN.UA in die Ukraine

umgezogen seien.

Dem Ministerium zufolge bietet das Projekt "IT Relocate Belarus" 90 Tage Aufenthalt in der Ukraine in einem Zeitraum von 180 Tagen ohne Visum, ein Durchschnittsgehalt von 2000 US-Dollar pro Monat, 4G in allen großen Städten, günstige Mietpreise für Wohn- und Büroflächen.

de.sputniknews.com: **Putin über Länder mit „importierter Demokratie“: Ihre Anführer nichts weiter als Vasallen**

Die „Einfuhr von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ in ein Land ist laut dem russischen Präsidenten Wladimir Putin nur in Theorie, aber nicht in Wirklichkeit möglich.

„Wir sehen, wie solche importierten Demokratiemodelle funktionieren. Das ist in der Regel bloß eine Hülle, eine Fiktion. Eine Fiktion ohne Inhalt und ohne jeden Anschein von Souveränität“, sagte Putin.

Die Meinung des Volks werde in solchen Ländern gar nicht berücksichtigt. „Und die entsprechenden Staatsführer sind nichts weiter als Vasallen. Und für einen Vasall entscheidet bekanntlich sein Meister.“

Wenn es um die Staatsordnung gehe, so sollte man laut Putin nicht versuchen, diese von einem anderen Land blind zu kopieren. „Hauptsache ist, dass der Staat und die Gesellschaft in Harmonie leben.“

Zugleich betonte der russische Präsident, dass die Stärke eines Landes nicht in totaler Überwachung und auch nicht in der Unterdrückung des gesellschaftlichen Engagements liege, sondern im Vertrauen der Bevölkerung in den Staat.

„Was ist ein starker Staat? Worin besteht seine Stärke? Natürlich nicht in der totalen Kontrolle und Grausamkeit seitens der Ordnungshüter, nicht in der Verdrängung der persönlichen Initiative oder in der Unterdrückung des gesellschaftlichen Engagements, und auch nicht in seinem Verteidigungspotenzial“, so Putin. „Ich bin überzeugt, dass die Stärke eines jeden Staates vor allem im Vertrauen der Bevölkerung liegt.“



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/07e4/0a/16/328242088_0:106:2957:1705_1000x080_0_1_37ff0096fe845896c0ab37c077324b32.jpg

abends:

rusvesna.su: **Aus Protesten wird Terrorismus: Das belarussische Innenministerium veröffentlicht Aufnahmen von Angriffen auf staatliche Institutionen**

Das belarussische Innenministerium gibt an, dass sich die Proteste zu einer terroristischen Bedrohung entwickeln. Die Strafverfolgungsbehörde zeigte Aufnahmen von den Orten der nächtlichen Brandstiftung am Gebäude des Staatlichen Komitees für forensische Expertisen und von Autos auf dem Parkplatz der Staatsanwaltschaft in Soligorsk.

Darüber hinaus enthalten nach Angaben des Pressedienstes des Innenministeriums ähnliche Fälle Anzeichen terroristischer Aktivitäten, beispielsweise den Angriff auf das Gebäude der Staatsanwaltschaft in Zhodino.

Das Untersuchungskomitee von Belarus gab heute die Festnahme eines Verdächtigen bekannt, der die Tür des Gebäudes der Staatsanwaltschaft in Zhodino beschädigt sowie die Brandstiftung an vier Autos auf dem Parkplatz der Staatsanwaltschaft von Saligorsk begangen hat.

Es wurde auch festgestellt, dass nicht lange zuvor unbekannte Personen das Gebäude der Bezirksabteilung des Staatlichen Komitees für forensische Expertisen in Soligorsk in Brand gesteckt hatten. Dabei wurde eines der Büros beschädigt. Die Feuerquelle wurde von außerhalb des Gebäudes durch ein leicht geöffnetes Fenster hereingebracht.

Am Gebäude wurde eine schwarze Inschrift gefunden.

Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit weitere Ermittlungs- und operative Maßnahmen zur Identifizierung der an der Brandstiftung beteiligten Personen durchgeführt werden.

„Es ist offensichtlich, dass sich die ursprünglich thematischen Proteste zu terroristischen Bedrohungen entwickeln. Strafverfolgungsbeamte werden einen solchen Fall nicht ignorieren und alle Maßnahmen ergreifen, um Verbrechen zu unterdrücken und aufzuklären!“ - hieß es im Kommentar des Pressedienstes des Innenministeriums.

```
<iframe width="420" height="315" src="https://www.youtube.com/embed/CKLFghiUTf0"
frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; clipboard-write; encrypted-media;
gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>
```

<https://youtu.be/CKLFghiUTf0>

de.sputniknews.com: Putin spricht erstmals über Nawalny

Der russische Präsident Wladimir Putin hat sich erstmals öffentlich zum Fall Nawalny geäußert und zu den Vergiftungsvorwürfen gegen Moskau Stellung genommen.

In Bezug auf eine angebliche Vergiftung des Kremlkritikers Alexej Nawalny stellte Putin in einer Sitzung des Diskussionsklubs Waldai klar:

„Wenn die russischen Behörden die Vergiftung der angesprochenen Person beabsichtigt hätten, dann hätten sie diese wohl kaum für eine Behandlung nach Deutschland geschickt.“ Zugleich sagte Putin, dass er selbst bei der Staatsanwaltschaft darum ersucht habe, den Weg für Nawalyns Ausreise freizumachen – obwohl es gegen den 44-Jährigen Beschränkungen gegeben habe.

Nawalny war am 20. August auf einem Flug in Sibirien zusammengebrochen und wurde zwei Tage später zur Behandlung nach Deutschland ausgeflogen.

Nach dem Befund eines Speziallabors der Bundeswehr wurde Nawalny mit dem Kampfstoff der Nowitschok-Gruppe vergiftet. Das sollen auch Labors in Frankreich und Schweden bestätigt haben. Das Nervengift ist international geächtet. Russische Geheimdienstler und Regierungsmitglieder hatten aber mehrfach betont, dass alle Vorräte des zu Sowjetzeiten entwickelten Gifts vernichtet worden seien.